


 Prof. Dr. Kurt Biedenkopf  
 Ministerpräsident a. D.

## Besitzstand an politischen Kosten beteiligen

Von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a. D.

In den letzten Jahrzehnten hat sich als herrschende Praxis folgendes eingebürgert und verfestigt: Die organisierten Besitzstände richten ihre jeweiligen Forderungen an Regierung und Parlament – kurz: an „die Politik“ – ohne in erkennbarer Weise zu berücksichtigen, wie sich die Bedienung ihrer Forderungen auf die anderer Besitzstände, auf die am gesamtstaatlichen Interesse und am Allgemeinwohl orientierten Prioritäten und auf das Gebot der Ausgeglichenheit des Haushaltes auswirken würden. Von „der Politik“ wird erwartet, dass sie allein die politischen Kosten

dafür übernimmt, unter den konkurrierenden Forderungen Prioritäten zu setzen und für sie und für die Einhaltung der Haushaltsdisziplin die notwendigen Mehrheiten zu sichern. Ein Konsens, der gesamtstaatliche Notwendigkeiten anerkennt, die organisierten Interessen wirksam verbindet und sich auf ihre jeweiligen Forderungen und Erwartungen begrenzend auswirkt, ist dagegen zunehmend weniger zu erkennen.

Zu Recht schätzt „die Politik“ die politischen Kosten und Risiken einer Begrenzung staatlicher Ausgaben und der Konsolidierung des Haushaltes hoch ein, wenn sie von ihr allein, also ohne Unterstützung durch die organisierten Interessen geleistet werden muss. Ihr erscheinen dann die von ihr erwarteten Aufgaben teilweise als politisch un-

möglich, da nicht mehrheitsfähig. Als Ausweg wählt sie deshalb die Verringerung der politischen Risiken durch Ausweitung des Haushaltsvolumens im Wege der Staatsverschuldung. So war es möglich, dass in den letzten Jahrzehnten die Staatsverschuldung – auch ohne Berücksichtigung der Wiedervereinigungskosten - trotz wachsender gesamtstaatlicher Wertschöpfung ständig anstieg.

In Zukunft wird dieser Ausweg nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Staatseinnahmen werden in den kommenden Jahren nicht nennenswert steigen. Das Wirtschaftswachstum wird

nicht mehr ausreichen, um Steuermehreinnahmen zu generieren, die es erlauben, die staatlichen Ausgaben neben dem Abbau der vorhandenen Defizite nennenswert auszuweiten. Die Staatsverschuldung wiederum kann kaum weiter erhöht werden, ohne neben den kommenden Generationen auch die Zukunft der heute Aktiven zu gefährden.

Die Entscheidung der Sächsischen Staatsregierung, den Etat 2010/2011 trotz rückläufiger Einnahmen aus Steuern und 2. Solidarpakt ohne Neuverschuldung zu finanzieren, ist deshalb richtig und verantwortungsvoll.

Mit der Verwirklichung dieser Politik sind jedoch besonders hohe politische Kosten verbunden. Um sie in Grenzen zu halten, sollten Staatsregierung und

*Keine Neuverschuldung -  
die Entscheidung  
ist richtig und  
verantwortungsvoll.*

### Termine

**13. April 2010**  
 Kommunalforum  
 TU Chemnitz

**27. April 2010**  
 Johann-Amos-Comenius Club  
 Sachsen  
 ICC Dresden

### Impressum:

CDU-Fraktion  
 des Sächsischen Landtages  
 Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
 01067 Dresden

Telefon: 0351- 493 56 10  
 Fax: 0351- 493 54 44  
 E-Mail:  
 pressestelle@cdu-sachsen-fraktion.de

Redaktion: Dirk Reelfs, (V.i.S.d.P)

SIE FINDEN UNS AUCH IM WEB UNTER:  
[WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE](http://WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE)

Fortsetzung Seite 1

Landtag Schritte unternehmen, die organisierten Interessen, die Forderungen an den Haushalt stellen, an den politischen Kosten zu beteiligen.

Das heißt: Sie sollten die Besitzstände in die Auseinandersetzung um die Prioritäten des Haushaltes und die Sicherung seiner Ausgeglichenheit einbeziehen und insoweit die mit dieser Aufgabe verbundenen politischen Kosten bei den organisierten Interessen internalisieren. Das kann in der Weise geschehen, dass alle organisierten Interessen, die Forderungen an den Haushalt stellen, veranlasst werden, zugleich die Bereiche des Haushaltes zu bezeichnen, aus denen die Deckung ihrer Forderungen bestritten werden soll. Die Basis bietet der vorliegende, auf seine wesentlichen Positionen konzentrierte und damit für die Öffentlichkeit verständliche Haushaltsentwurf. Wer mit seinen Forderungen an den Haushalt keine Hinweise auf ihre Finanzierung an anderer Stelle verbindet, sollte zwar gehört, aber in

den weiteren Beratungen des Etats nicht als gewichtig beurteilt werden.

Das Ergebnis gestattet dem Parlament und der Öffentlichkeit wertvolle Einblicke in die Bereitschaft organisierter Interessen, Mitverantwortung auch für das Ganze zu übernehmen und deshalb neben ihren eigenen auch die Bedürfnisse des Gesamtstaates und der Allgemeinheit zu respektieren. Für die organisierten Interessen wiederum könnte das Verfahren Anlass sein, nach Wegen zu suchen, wie die von ihnen angemeldeten Bedürfnisse auf andere, den Haushalt nicht oder weniger belastenden Weise befriedigt werden könnten, etwa durch Beteiligung der Zivilgesellschaft und ihrer Ressourcen.

Soweit der Entwurf besondere Prioritäten im Etat bereits berücksichtigt (Schule, Ausbildung, Bildung, Forschung als die eigentlichen Zukunftsgaranten des Freistaates), sollten sie gekennzeichnet und der Veränderung von Prioritäten durch

die Forderungen sonstiger Besitzstände praktisch entzogen sein.

Man sollte den Gedanken weiter diskutieren und sei es nur, um eine Diskussion über die angemessene Verteilung der politischen Kosten eines ausgeglichenen Haushaltes ohne Neuverschuldung zu führen.

Diese Debatte – und die mit ihr verbundenen Auseinandersetzungen – ist notwendig: 1. um der Bevölkerung auf praktische Weise den Ernst der Lage vor Augen zu führen; 2. sie an der Prioritätendebatte zu beteiligen, auch wenn es – im Lichte gesamtstaatlicher Interessen – um die Berechtigung ihrer eigenen, organisierten Interessen geht; 3. der Bevölkerung die besonderen Bedingungen ins Gedächtnis zu rufen (Auslaufen des Solidarpaktes II), unter denen die Haushaltsberatungen stattfinden müssen, und schließlich 4. ihr deutlich zu machen, dass eine an den Interessen der Zukunft orientierte Politik nicht ohne ihre Mitwirkung zu haben sein wird.